

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Gemeinwohl im Nationalstaat	8
I. Die Funktion des Gemeinwohls im Staat	8
1. Der Staat als Referenzobjekt für das Gemeinwohl	9
2. Das Gemeinwohl als Staatszweck	11
3. Das Gemeinwohl als Staatsziel und Staatsaufgabe	14
II. Der Begriff des Gemeinwohls im deutschen Grundgesetz	15
1. Gemeinwohl und öffentliches Interesse	16
2. Gemeinwohl im Grundgesetz	17
a. Gemeinwohl nach Häberle	17
b. Gemeinwohl nach Isensee	19
c. Gemeinwohl nach Uerpmann	22
d. Gemeinwohl nach Anderheiden	24
III. Der Begriff des Gemeinwohls in der deutschen Verfassungsrechtsprechung	27
IV. Ergebnis	31
B. Gemeinwohl in der Europäischen Union	33
I. Die Gemeinwohlfähigkeit der Union	34
1. Die Ablehnung eines europäischen Staates	35
a. Die Rolle der Staatlichkeit in der Entwicklung der Union	35
b. Europäische Staatlichkeit aus der Perspektive des deutschen Grundgesetzes	38
c. Europäische Staatlichkeit nach völkerrechtlichen Kriterien	41
2. Der Staatenverbund als Referenzobjekt des Gemeinwohlziels	44
a. Die Europäische Union als Staatenverbund	45
b. Das Gemeinwohlziel als Teil der Organisation von Herrschaft	47
c. Gemeinwohl in Internationalen Organisationen	49
3. Die Europäische Verfassung als Grundlage des europäischen Gemeinwohlziels	52
a. Die Verfassung der Europäischen Union	52
b. Die Europäische Union als Verfassungsverbund	56
c. Die Etablierung von Gemeinwohlzielen durch die europäische Verfassung	59
II. Die Gemeinwohlverantwortung der Union	62
1. Die Entwicklung des europäischen Gemeinwohlverbundes	63
a. Die Schaffung eines allgemeinen Gemeinwohlzwecks durch die Gründungsväter	64

b. Die vordergründigen Gemeinwohlziele: Frieden und Binnenmarkt	68
c. Erweiterung der Gemeinwohlziele seit den 1970er Jahren	70
d. Relativierung der wirtschaftlichen Orientierung der Gemeinwohlziele	73
2. Das Solidaritätsprinzip als Grundlage des europäischen Gemeinwohlverbundes	76
a. Das Solidaritätsprinzip im Primärrecht	78
b. Die Verbindung von Solidarität und Gemeinwohl	82
aa. Solidarität und Gemeinwohl in der katholischen Soziallehre	83
bb. Solidarität und Gemeinwohl im Völkerrecht	83
c. Solidarität und Gemeinwohl im europäischen Recht	85
III. Ergebnis	90
C. Die primärrechtliche Konkretisierung der europäischen Gemeinwohlverantwortung	93
I. Der materielle Tatbestand des europäischen Gemeinwohls	97
1. Die Werte der Europäischen Union	98
a. Werte als rechtliche Kategorie	100
aa. Die Unvermeidbarkeit des Einflusses von Werten auf das Recht	101
bb. Die Verwendung von Werten im Recht am Beispiel der Grundrechte	102
cc. Die normative Wertbegründung durch den Vertrag von Lissabon	103
b. Die Einführung von Art. 2 EUV als Kern der europäischen Werte	105
c. Die Konkretisierung des Gemeinwohls durch die Werte	108
aa. Die dogmatische Funktion der Werte für das Gemeinwohl	109
bb. Die inhaltliche Konkretisierung des Gemeinwohls durch europäische Werte	111
(1) Menschenwürde	112
(2) Freiheit	113
(3) Demokratie	113
(4) Gleichheit	115
(5) Rechtsstaatlichkeit	116
(6) Wahrung der Menschenrechte	118
d. Die Bedeutung der Werte in der Rechtsanwendung	119
2. Die Ziele der Europäischen Union	122
a. Die dogmatische Funktion der Ziele für das Gemeinwohl	122
b. Die inhaltliche Konkretisierung des Gemeinwohls durch die europäischen Ziele	125
aa. Primärrechtliche Ziele der Union	125
bb. Lösung von Zielkonflikten	128
c. Die Verwendung der Ziele in der Rechtsanwendung	131

II. Die kompetenzielle Beschränkung der europäischen Gemeinwohlsorge	134
1. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	135
a. Die allgemeine Begrenzung der Zuständigkeiten der Union	136
b. Der Zuständigkeitskatalog im Vertrag von Lissabon	137
c. Das Verhältnis von Zuständigkeiten und Gemeinwohl	140
aa. Finalitätsbestimmungen als Konkretisierung der Gemeinwohlziele	140
bb. Auswirkungen auf die Durchsetzungskraft der Gemeinwohlziele	141
(1) Die Ausgestaltung von Kompetenzen im Bereich des Binnenmarktes	143
(2) Die Ausgestaltung von Kompetenzen im Bereich der Sozialpolitik	147
(3) Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und sozialen Kompetenzen	149
e. Zuständigkeiten und Gemeinwohl in der Rechtsprechung des Gerichtshofs	150
2. Die Kompetenzausübungsschranken	153
a. Das Subsidiaritätsprinzip	154
b. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	158
c. Die Achtung der nationalen Identität und der grundlegenden Funktionen des Staates	161
III. Die Gemeinwohlverantwortung im Verbund von Mitgliedstaaten und Union	165
1. Die Verflechtung der Gemeinwohlverantwortung von Union und Mitgliedstaaten	166
a. Die arbeitsteilige Verwirklichung des allgemeinen Wohls	166
b. Die Verzahnung von nationalem und europäischem Gemeinwohl	168
2. Die mangelnde Kohärenz zwischen materieller und kompetenzieller Dimension der europäischen Gemeinwohlverantwortung	169
3. Mögliche Folgerungen für die primärrechtliche Ausgestaltung des Gemeinwohlverbunds	172
a. Angleichung von Kompetenzen und Zielen der Union	173
aa. Folgen einer Anpassung der Kompetenzen an die Ziele	173
bb. Folgen einer Anpassung der Ziele an die Kompetenzen	175
b. Stärkung der kompetenziellen Ebene mit gleichzeitiger Rücknahme der Ziele	176
aa. Begrenzung der Ziele bei stärkerer Betonung der Werte	177
bb. Eindeutigere Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedstaaten und Union	179
IV. Ergebnis	181
D. Das Gemeinwohlkonzept der Union in den Bereichen der Sozialpolitik und der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	185
I. Die Sozialpolitik im Gemeinwohlverbund	186

1. Die Bedeutung der Sozialpolitik im Verlauf der Integration	188
a. Wirtschaftsintegration weitgehend ohne soziale Harmonisierung	188
b. Betonung der sozialen Dimension in der Einheitlichen Europäischen Akte	192
c. Bedeutungszuwachs der sozialen Ziele im Vertrag von Maastricht	193
d. Ausweitung des Kapitels zur Sozialpolitik im Vertrag von Amsterdam	194
e. Geringe Veränderungen im Vertrag von Nizza	196
f. Stärkung der sozialen Dimension durch den Vertrag von Lissabon	196
g. Fazit	200
2. Die zentralen Gemeinwohlakteure auf Ebene der Union	201
a. Die Handlungen der Kommission	202
aa. Das europäische Sozialmodell	203
bb. Die sozialpolitische Agenda	206
cc. Die soziale Dimension im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion	210
dd. Die Entwicklung der offenen Methode der Koordinierung	212
ee. Fazit: Weitreichender Einfluss der Kommission	215
b. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	216
aa. Die Grundfreiheiten und Gemeinwohlbelange	217
(1) Das finanzielle Gleichgewicht der sozialen Sicherheit	218
(2) Der Arbeitnehmerschutz	221
bb. Der Grundsatz der Gleichbehandlung und soziale Ansprüche	225
cc. Fazit: Die Anerkennung nationaler Gemeinwohlbelange	228
3. Die Gemeinwohlkonzeption der Union im Bereich der Sozialpolitik	229
a. Eine gemischt prozedural-materielle Konzeption	230
b. Union und Mitgliedstaaten zwischen Spannungsverhältnis und Kooperation	232
c. Fazit: Die Union als Gemeinwohlakteur	235
II. Die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Gemeinwohlverbund	238
1. Die Entwicklung der primärrechtlichen Regelungen	240
a. Die Vorschriften des EWG-Vertrages	240
aa. Der weite Begriff der „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“	242
bb. Die Aufgabe der Kommission als Kontrolleur und Gestalter	245
b. Die neue Vorschrift im Vertrag von Amsterdam	246
c. Die Veränderungen durch den Vertrag von Lissabon	249
aa. Die Aufgabe von Parlament und Rat als Gestalter	249

bb. Das Protokoll über Dienste von allgemeinem Interesse	252
d. Die Regelung in der Grundrechte-Charta	253
e. Fazit	255
2. Die zentralen Gemeinwohlakteure auf Ebene der Union	256
a. Die Handlungen der Kommission	256
aa. Mitteilung der Kommission zu Leistungen der Daseinsvorsorge 1996	257
bb. Mitteilung der Kommission zu Leistungen der Daseinsvorsorge 2000	260
cc. Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse 2003	262
dd. Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse 2004	263
ee. Begleitdokument zu der Mitteilung „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“ 2007	265
ff. Ein Qualitätsrahmen für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Europa 2011	266
gg. Fazit	267
b. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	270
aa. Die Zuständigkeit der Kommission nach Art. 106 Abs. 3 AEUV	272
bb. Die Voraussetzungen des Art. 106 Abs. 2 AEUV	273
cc. Staatliche Ausgleichszahlungen und Beihilfen	277
dd. Fazit	279
3. Die Gemeinwohlkonzeption der Union im Bereich der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse	280
a. Eine gemischt prozedural-materielle Konzeption	280
b. Die Konzeption im Spannungsverhältnis zwischen Mitgliedstaaten und Union	283
c. Fazit: Die Union als Gemeinwohlakteur	285
III. Ergebnis	287
E. Zusammenfassung	290
Literaturverzeichnis	293